

JAHRESBERICHT PRÄSIDIUM VOM 1.1.2014 BIS 31.12.2014

Das Berichtsjahr 2014 ist geprägt von bildungspolitischen Entscheidungen im interkantonalen Kontext. Entsprechend wichtiger werden regelmässige und strategische Absprachen mit den Verbandspräsidien anderer Kantonalsektionen des Dachverbandes Lehrerinnen und Lehrer Schweiz LCH. Auch persönliche Kontakte zu National- und Ständeräten werden immer bedeutsamer. Wurden vor zwanzig Jahren Bildungsentscheide lokal, dann regional und kantonal getroffen, verschieben sie sich nun Richtung Bern beziehungsweise zur Schweizerischen Konferenz der Erziehungsdirektoren EDK. Auch die verschiedenen Bildungsämter kooperieren über die Kantonsgrenzen hinweg. Dies hat zur Folge, dass die Kantone innert weniger Monate personal- und finanzpolitische Entscheide nachahmen – und leider nur in den wenigsten Fällen einzig die personalfreundlichen.

Das Geschäftsjahr 2014 von Bildung Thurgau lässt sich in sechs Themen zusammenfassen:

- Besoldungsrevision
- Kantonale Leistungsüberprüfung mit ausgewogenem, aber überproportionalem Sparpaket in der Bildung
- Eine Fremdsprache in der Primarschule
- Vernehmlassung Änderungen Volksschulgesetz u.a. mit zusätzlichen gemeinsamen Arbeitstagen in der unterrichtsfreien Arbeitszeit
- Personalsuche
- Neuauftritt Verband mit eigenem Logo, neuer Website und digitalen Informationen an die Mitglieder

Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung behandelt in neun ordentlichen Sitzungen die wichtigsten Geschäfte des Verbandes. Zusätzlich hat sie im März und Ende August zwei Klausurtagungen durchgeführt und gemäss Statuten von Bildung Thurgau zwei Delegiertenversammlungen. Auch die jährlichen DEK-Runden mit Regierungsrätin Monika Knill und den drei Amtsleitern, Sitzungen mit den Verbandsspitzen des Verbandes der Thurgauer Schulgemeinden VTGS und dem Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter Thurgau VSLTG sowie mit der Schulleitung der Pädagogischen Hochschule Thurgau PHTG finden über das Berichtsjahr verteilt statt. Neben Vernehmlassungen des Departementes für Erziehung und Kultur (DEK) oder des LCH bearbeitet die Geschäftsleitung die Schwerpunkte der Tätigkeitsagenda 2014–2016 und setzt gemäss internem Zeitplan die Schwerpunkte der Verbandsstrategie 2013–2018 um. Beide Dokumente sind auf der neuen Website unter <http://www.bildungthurgau.ch/bildung-thurgau/portrait/statuten/> zu finden.

Delegiertenversammlung

An der 19. Delegiertenversammlung vom 12. Mai 2014 stellen Regierungsrätin Monika Knill und die drei Amtsleiter Walter Berger, Urs Schwager und Ueli Berger die 39 Massnahmen im Bereich Bildung innerhalb der kantonalen Leistungsüberprüfung vor. Diese wurden von der Regierung in eigener Kompetenz entschieden. Der Grosse Rat kann keinen Entscheid dazu fällen. Verabschiedet werden hingegen von den Delegierten die Jahresrechnung 2013, die Jahresberichte 2013 und die Tätigkeitsagenda 2014–2016, die erstmals zwei Jahre umfasst. Sie beinhaltet folgende Tätigkeitsfelder für die Geschäftsleitung: Information

der Lehrerschaft, Umsetzung Resolution, Anstellungsbedingungen, Besoldungen, Pensionskasse, Lehrplan 21, Fremdsprachen, Politische Aktivierung, Stärkung des Fachbereiches Werkens, Hochwertige Grundausbildung und Beitragsgesetz. Neben einigen Verabschiedungen dankt die Verbandspräsidentin der Zeichnerin der Verbandszeitschrift BILDUNG THURGAU, Maria Leonardi, für sagenhafte 21 Jahre treue, professionelle und kompetente Mitarbeit!

An der 20. Delegiertenversammlung vom 26. November 2014 diskutieren die Anwesenden in stufenübergreifenden Gruppen die von der Geschäftsleitung erarbeitete Vernehmlassungsantwort zur Teilrevision Volksschulgesetz. Die von den Gruppen gestellten Anträge werden nach der Pause diskutiert und entschieden. Das Budget 2015 wird ebenso genehmigt wie der neue Anschlussvertrag der Berufsrechtsschutzversicherung Protekta. Damit verbunden ist eine Erhöhung des Mitgliederbeitrages per Schuljahr 2015/2016 um zehn Franken, um die Erhöhung der Prämie aufzufangen.

Besoldungsrevision

Mitte März folgt der Grosse Rat der vorberatenden Kommission und stimmt der Besoldungsrevision mit nur sechs Gegenstimmen klar zu. Sie tritt per 1.1.2015 in Kraft. Damit werden 15 Jahre nach der letzten Besoldungsrevision die damaligen Weichenstellungen bezüglich Lohnkurvenlauf korrigiert. Die Primarlehrpersonen erhalten einen höheren Einstiegs- und Maximallohn. Für diesen klaren Entscheid des Grossen Rates hat die Geschäftsleitung von Bildung Thurgau während vieler Jahre regelmässig Überzeugungsgespräche in der Bildungsverwaltung und mit weiteren politischen Persönlichkeiten geführt. Die in den letzten Jahren immer deutlich werdenden «Durchhänger» in allen Thurgauer Lohnkurven werden nun behoben. Kindergartenlehrpersonen werden neu vom Lohnband 1 in das Lohnband 2 eingereiht. Leider stützt der Grosse Rat aber den Entscheid des Regierungsrates, die Schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen auf der Primarstufe vom Lohnband 6 in das Lohnband 5 abzustufen. Diese Änderungen verursachen jährlich 6.5 Millionen Franken Mehrkosten. Der Grosse Rat hat diesen Entscheid in einer finanziell anspruchsvollen Zeit gefällt, in der er gleichzeitig von der Regierung ein jährliches Sparpaket von mindestens 40 Millionen Franken verlangt. Obwohl die Vorlage über 14.8 Millionen Franken in der Vernehmlassung stark Federn lassen musste, darf das Geschäft unter diesen politischen Umständen als klarer Erfolg in der noch jungen Verbandsgeschichte von Bildung Thurgau bewertet werden.

Erfreulich ist trotz der Abstufung der Lehrpersonen der Schulischen Heilpädagogik auf der Primarstufe und der nicht erfüllten höheren Einreihung der altrechtlich ausgebildeten Lehrpersonen TW/HW, dass die Besitzstandswahrung bei gleicher und ununterbrochener Tätigkeit von der Gemeinde auf den ganzen Kanton Thurgau ausgeweitet wurde.

Kantonale Leistungsüberprüfung

Der Regierungsrat hat den vom Grossen Rat erteilten Auftrag, 40 Millionen Franken einzusparen und weitere strukturelle Anpassungen in den Folgejahren für eine ausgeglichene Rechnung vorzunehmen, mehr als erreicht. Im Mai präsentiert er ein Paket mit 102 Einzelmassnahmen. Diese entlasten die Kantonskasse im Finanzplan 2017 um 47.86 Millionen Franken. Dabei sind sowohl Minderausgaben wie auch Mehreinnahmen vorgesehen. Der Regierungsrat hat von den parlamentarischen Beratungen und Kundgebungen in anderen Kantonen «gelernt». Damit dem Paket wenig bis kein politischer Widerstand entgegenschlägt, lässt der Regierungsrat die politischen Gemeinden, die Schulgemeinden und die Kirchgemeinden vom Sparpaket profitieren. Durch die Neuregelung des Pendlerabzugs sollen zum Beispiel die Schulgemeinden 9 Millionen Franken zusätzliche Steuergelder erhalten. Und wie auch in anderen Kantonen spart der Regierungsrat überproportional bei der Bildung.

Obwohl das Sparpaket ausgewogen ist und dem Regierungsrat seitens der Geschäftsleitung eine sorgfältige Arbeit und geschickt getroffene Entscheidungen attestiert werden, führen die 39 Sparmassnahmen im DEK zu einem spürbaren und klaren Leistungsabbau. Eine erhebliche Last tragen die Sekundarschulgemeinden mit der Erhöhung der anrechenbaren Klassengrössen von 20 auf 21 Schülerinnen und Schüler. Ebenfalls stark betroffen ist das Brückenangebot Kreuzlingen. Es wird per 1.8.2016 ersatzlos aufgehoben. Dieser regierungsrätliche Entscheid ist nicht akzeptabel, da der Regierungsrat mit dem Brückenangebot in Romanshorn einen privaten Leistungserbringer und eine international tätige Aktiengesellschaft einer staatlichen Schule vorzieht. In den Mittelschulen bewirkt die einlaufende Reduktion der Handelsmittelschule auf eine Klasse pro Jahrgang einen Abbau von bis zu zwölf Stellen. In der Volksschule zahlt der Kanton ab 1.1.2015 keine Direktbeiträge mehr an externe Weiterbildungen, zum Beispiel die Kurswochen von swch.ch. Damit liegen die Verantwortung und die Kompetenz für die Weiterbildung der Lehrpersonen neu bei den Schulgemeinden.

Die Geschäftsleitung von Bildung Thurgau weist die Mitglieder des Grossen Rates und den Regierungsrat mittels einer deutlichen Stellungnahme und persönlichen Gesprächen auf die qualitativen, mittelfristigen und nachhaltigen Folgen dieser Sparmassnahmen hin. Viele der Einsparungen gehen zulasten der Bevölkerung und treffen dort vor allem Menschen mit geringem Einkommen. Diese haben keine finanzstarke Lobby.

Eine Fremdsprache in der Primarschule

Am 13.8.2014 hat der Grosse Rat gegen den Willen des Regierungsrates die Motion «Französisch erst auf der Sekundarstufe» mit 71:49 Stimmen als erheblich erklärt. Das Sprachenkonzept liegt aber in der Kompetenz des Regierungsrates. Nach diesem doch überraschend klaren Entscheid des Grossen Rates ist der nationale Fremdsprachendiskurs erneut aufgeflammt. Die Verbandspräsidentin musste oder durfte in der Folge schweizweit während Wochen die Thurgauer Haltung bezüglich Fremdsprachen erläutern und begründen. Die Anfragen reichten vom welschen Fernsehen über den Tagesanzeiger bis zur Einladung einer Anhörung vor der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates.

Wie von Bildung Thurgau und den Mitgliedorganisationen der Mittelstufe-Ost mit den Kantonen AI, AR, GL, GR, SH, SG, SZ, TG und ZH schon seit langem gefordert, werden sich die EDK und der Bund nun mit dem immer grösser werdenden Sprachenflickenteppich auseinandersetzen müssen. Dabei hat eine wirkliche Harmonisierung mit guten Rahmenbedingungen für einen effizienten und nachhaltigen Sprachunterricht erste Priorität. Je intensiver und regelmässiger, wenn möglich noch im Sprachraum direkt, geübt werden kann, umso grösser ist der Erfolg beim Sprachenlernen. Die Geschäftsleitung vertritt weiterhin die Haltung der Delegierten, dass mit einer pädagogischen Optimierung von Lektionen und einem Sprachbad in der Romandie die Landessprache Französisch gestärkt wird.

Vernehmlassung Volksschulgesetz

Ebenfalls im August eröffnet der Regierungsrat eine Vernehmlassung des Gesetzes über die Volksschule. Wichtige Fragen, die sich im Schulalltag stellen, sollen neu auf Gesetzesebene geregelt werden. Die wichtigsten Änderungen betreffen zusätzliche gemeinsame Arbeitstage für Lehrpersonen, die Einführung von Jokertagen für Schülerinnen und Schülern sowie einer zweiten Weihnachtsferienwoche, Elternpflichten und die Zuständigkeiten von Schulbehörden und Schulleitungen. Aus Sicht der Geschäftsleitung erhöht die Verpflichtung von *zusätzlichen* gemeinsamen Arbeitstagen im Umfang von bis zu zehn Tagen bei einem Pensum von 50 bis 100 Stellenprozenten während den Schulferien, an unterrichtsfreien Nachmittagen und an Samstagen die ohnehin interkantonal gesehen hohe Arbeitszeit von Thurgauer Lehrpersonen noch mehr. Die Verbandsspitze startet Ende September bei allen Mitgliedern eine Online-Befragung zu den

vorgesehenen Gesetzesänderungen. 1419 Lehrpersonen oder 62 Prozent aller Mitglieder beteiligen sich daran. Dies ist die Rekordbeteiligung in der Verbandsgeschichte und zeigt die Bedeutsamkeit der regierungsrätlichen Änderungen auf. Die Delegierten von Bildung Thurgau bestätigen mit der einstimmigen Verabschiedung der Vernehmlassungsantwort die Umfrageergebnisse der Mitglieder. Nicht einverstanden ist Bildung Thurgau mit dem «politischen Deal» einer zweiten Weihnachtsferienwoche gegen zusätzliche gemeinsame Arbeitstage in der unterrichtsfreien Arbeitszeit. Die lange Liste der detaillierten Begründungen ist in der Vernehmlassungsantwort auf der Webseite von Bildung Thurgau zu finden. Der Ausfall von durchschnittlich 2.6 Unterrichtstagen bei zwei Wochen Weihnachtsferien würde den drei zusätzlichen Ferientagen aus der Lohnrunde 2008 entsprechen, welche bei den Lehrpersonen noch nicht umgesetzt worden sind. Thurgauer Lehrpersonen arbeiten schon lange in der unterrichtsfreien Arbeitszeit zielführend und freiwillig zusammen. Ebenso ist die Weisungskompetenz der Schulleitungen zur Verordnung gemeinsamer Arbeitstage bereits vorhanden. Die Thurgauer Lehrpersonen haben in den letzten Jahren eindrücklich bewiesen, dass sie auch ohne eine gesetzliche Verankerung von zusätzlichen gemeinsamen Arbeitstagen wichtige Reformen wie die Integration, die Blockzeiten, die Einführung von Fremdsprachen oder ICT an Primar- und Sekundarschulen erfolgreich umgesetzt haben.

Lehrplan 21

Die Geschäftsleitung Bildung Thurgau wird zu den kantonalen Arbeiten und Entscheiden zum Lehrplan 21 intensiv informiert und befragt. Sie kann zu internen Vernehmlassungen des Kernteams Stellung beziehen. Anliegen, Fragen und Sorgen werden umgehend von der Gesamtprojektleiterin Sandra Bachmann und dem Amtsleiter Walter Berger aufgenommen und bearbeitet. Mit dem regierungsrätlichen Entscheid zur Finanzierung der Einführung des neuen Thurgauer Lehrplans im Sommer 2014 wird auch der von Bildung Thurgau geforderte Einsatz von Multiplikatoren und deren Ausbildung bei der Umsetzung des neuen Lehrplans in den Schulen vor Ort gesichert. Die Multiplikatoren sind aus Sicht der Geschäftsleitung eine wichtige und zentrale Unterstützung für die Lehrpersonen.

Klage Bundesgericht

Der Entscheid des Verwaltungsgerichts betreffend Entschädigung des unbezahlten Urlaubs von 1/40 gegen 1/48 wird von Bildung Thurgau dem Bundesgericht vorgelegt. Dort kann nicht gegen den Inhalt geklagt werden, sondern nur gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtes. Geklagt wird deshalb mit der Begründung, das Verwaltungsgericht habe willkürlich entschieden. Die Klage wird im Sommer vom Bundesgericht abgewiesen. Das Verwaltungsgericht weist jedoch darauf hin, dass die Thurgauer Lehrerschaft keinen geregelten Ferienanspruch hat, da sie im Gegensatz zu den Staatsangestellten keine Jahresarbeitszeit hat. Bildung Thurgau empfiehlt Lehrpersonen, welche einen unbezahlten Urlaub beziehen möchten, mindestens ein Jahr lang eine bestätigte Arbeitszeiterhebung zu führen, anhand welcher ausgewiesen wird, wie viel Zeit für welche Tätigkeit investiert wird. Mit diesen Grundlagen kann später betreffend Entschädigung bei unbezahltem Urlaub im Kanton Thurgau geklagt werden.

Personal

Auf Anraten der Rechnungsprüfungskommission und auf Antrag der ständigen Arbeitsgruppe Finanzen von Bildung Thurgau wird das Pensum der Präsidentin Anne Varenne von 65 % auf 80 % erhöht. Seit zehn Jahren sind trotz ständiger Abwägung zur Erledigung einzig der dringendsten und wichtigsten Aufgaben innerhalb des Verbandes immer Überstunden in diesem Pensenumfang entstanden. Nun ist sie für diese zusätzlichen Stellenprozente korrekt versichert.

Gemäss Strategie wird per 1.8. 2014 Linda Baumann aus Engishofen neu als Geschäftsführerin eingestellt.

Sie arbeitet mit einem Pensum von 50 % und vertritt die Präsidentin bei Bedarf. Es ist wichtig, dass das breite Wissen der vielfältigen Geschäfte der Verbandsspitze auf mindestens zwei Schultern verteilt wird. So ist künftig eine professionellere Übergabe der Geschäfte bei einer nötigen Nachfolge des Präsidiums möglich.

Die ausgebildete Journalistin Leandra Gerster aus Neukirch-Egnach übernimmt per 1.7.2014 die Redaktionsleitung und die Verantwortung für das Layouten der Mitgliederzeitschrift BILDUNG THURGAU.

Ihre Vorgängerin Cornelia Roth aus Nussbaumen hat aus familiären Gründen gekündigt.

Weiter hat die Geschäftsleitung ein neues Entschädigungsreglement für das Beratungsteam verabschiedet.

Walter Schmid ist als nach neunjähriger Tätigkeit als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission Bildung Thurgau zurückgetreten. Ende Jahr reicht auch die langjährige Sachbearbeiterin Michaela Müller ihre Kündigung ein. Sie tritt eine neue Stelle an, wo sie mehr mit Menschen in Kontakt kommt.

Aus der Geschäftsleitung ist Michael Elsenner als Vizepräsident Sek I TG zurückgetreten. Nach über zehnjähriger Verbandsarbeit überlässt er zusammen mit dem Präsidenten Roland Kreis seinen Platz jüngeren Kollegen oder Kolleginnen.

Auch das Mitglied Christa Liechti tritt nach über zwölf Jahren Wirken als Mitglied der Pensionskassenkommission und seit 2011 auch als Vizepräsidentin der pk.tg. zurück. Als neuer Vertreter von Bildung Thurgau wird Sekundarlehrer Patrick Küng aus Berg in die Pensionskassenkommission gewählt. Die Verbandspräsidentin Anne Varenne wird an der Delegiertenversammlung des LCH in die Standespolitische Kommission LCH gewählt und das Geschäftsleitungsmitglied und die Präsidentin der TMK Sabina Stöckli in die Pädagogische Kommission des LCH.

Die Personalsuche für Funktionen innerhalb des Verbandes gestaltet sich immer schwieriger, insbesondere für die Besetzung von Präsidien. Umso freut sich die Geschäftsleitung, dass vier junge Sekundarlehrerinnen und Lukas Dischler als Präsident neu die Geschicke der Sekundarlehrpersonenkonferenz leiten.

Bis zum aktuellen Datum finden sich aber leider weder für die TBK noch für die TKMS neue Präsidien und teilweise Vorstandsmitglieder. Auch die Suche nach Lehrpersonen für Arbeitsgruppen gestaltet sich sehr aufwendig und teilweise langwierig. Dabei ist es sehr wichtig, dass Bildung Thurgau solche Anfragen vom Kanton mit Lehrpersonen besetzen kann, damit der Praxisbezug in diesen Arbeitsgruppen gewährleistet ist. Neu nominiert die Geschäftsleitung Lehrpersonen aus diversen Stufen in die Arbeitsgruppen für ein Online-Lehrmittel NMG (Natur, Mensch und Gesellschaft) zum Thurgauer Lehrplan 21, zum Sprachenkonzept, für die Handreichung Schulsozialarbeit und für einen Leitfaden Elternarbeit.

Mitglieder

Nachdem im Jahre 2013 ein aussergewöhnlicher und erfreulicher Mitgliederzuwachs von 166 Lehrpersonen verzeichnet wurde, steigt im Berichtsjahr die Mitgliederzahl um drei weitere Lehrpersonen auf einen neuen Höchststand von 2237 Mitgliedern. Mit einer Mitgliederkurzumfrage ermittelt die Geschäftsleitung Mitte Jahr, welche Vergünstigungsangebote die Mitglieder gerne nutzen würden. Dieser Teilbereich der Finanzeinnahmen von Bildung Thurgau wird immer anspruchsvoller. Vergünstigungen sind für die Mitglieder attraktiv. Aber auch Bildung Thurgau profitiert. Pro bezogene Vergünstigung erhält der Verband teilweise eine Courtage. Diese sind neben den Mitgliederbeiträgen eine immer wichtiger werdende Einnahmequelle, werden aber von den Versicherungsgesellschaften und weiteren Dienstleistungsanbietern immer weiter gesenkt. Die Gratwanderung zwischen Effizienz, Attraktivität und möglichst keinen Werbehinweisen von Bildung Thurgau ist anspruchsvoll und bedingt seitens der Mitglieder Verständnis für die finanziellen Folgen bei den Verbandseinnahmen.

Neuauftritt

Nachdem während neun Jahren fast keine Aktualisierungen der Webseite gemacht wurden und der LCH seinen ebenfalls in die Jahre gekommenen Auftritt modernisiert hat, beschliesst die Geschäftsleitung, mit der Einsetzung einer internen Arbeitsgruppe Homepage diese Pendeuz im Berichtsjahr anzugehen. Nach dem Einholen verschiedener Offerten wird mit der Firma Mirabit aus Güttingen eine kleine Thurgauer Firma mit der Erstellung des Neuauftrittes der Webseite von Bildung Thurgau beauftragt.

Mit der Ausschreibung eines Wettbewerbes wird bei den Mitgliedern ein Verbandslogo gesucht.

Fristgerecht sind 56 Vorschläge eingegangen. Der Logovorschlag von Eveline Hannig aus Frauenfeld geht als Sieger hervor und ziert künftig alle Verbandspapiere.

Mit dem Aufschalten der bedienerfreundlichen Webseite wird ebenfalls ein neuer digitaler Versand mit Informationen an die Mitglieder eingerichtet. Beide Elemente der Kommunikation zwischen Mitgliedern und der Geschäftsleitung wirken frisch und motivierend. Die eingesetzte Arbeitszeit und die benötigten Finanzen haben sich aus Sicht der Geschäftsleitung gelohnt.

Die Mitgliederzeitschrift BILDUNG THURGAU erscheint ab der Ausgabe 3–2014 mit farbigen Fotos.

Zusammenarbeit DEK

Eine transparente und wertschätzende Zusammenarbeit mit der zuständigen Regierungsrätin Monika Knill, dem Generalsekretär DEK Dr. Paul Roth und den drei Amtsleitern Walter Berger, Urs Schwager und Ueli Berger ist wichtig, um sich gemeinsam für eine gute Schule Thurgau einzusetzen. Nur wer orientiert ist, kann mitdenken und mithelfen, nach tragenden Lösungen zu suchen. An den zweimal jährlich stattfindenden DEK-Runden werden Anliegen und Informationen über politische Aktualitäten, zu standespolitischen Anliegen, pädagogischen Kernthemen ausgetauscht und diskutiert. Im Jahre 2014 sind folgende Themen traktandiert: Jahresarbeitszeit, Teilrevision Volksschulgesetz, Altersentlastung, Antrag Pensenerhöhung altrechtliche TW-Lehrpersonen, Antrag Prüfung Vereinigung Kantonsschule Kreuzlingen und Pädagogische Maturitätsschule, Rückblick Jahrestagungen 2014, Massnahmen Personalumfrage 2011, Studie Berufszufriedenheitsstudie LCH 2014, Wichtige Geschäfte 2014 und 2015, Parlamentarische Vorstösse, Umsetzung Motion Französisch auf der Sekundarstufe I, DEK-Strategie Begabungs- und Begabtenförderung Sek-I-Stufe und Masernprävention.

Zusammenarbeit mit andern Gremien und Mitgliedern des Grossen Rates

Auch im Kalenderjahr 2014 findet ein reger Austausch zwischen der Verbandsspitze Bildung Thurgau sowie anderen Organisationen und Personen aus dem Bildungsbereich statt. Aktuelle Themen werden dabei aus verschiedenen Perspektiven diskutiert und weiterentwickelt. Mit dem Dachverband LCH und den Präsidiolen anderer Kantonalsektionen pflegt die Präsidentin an den jährlich dreimal stattfindenden mehrstündigen Präsidentenkonferenzen einen intensiven Kontakt. Dieser hat sich durch die Einsitznahme in die Standespolitische Kommission LCH nochmals vertieft. Die Geschäftsleitung Bildung Thurgau beantwortet auch in diesem Jahr mehrere Vernehmlassungen des Dachverbandes. Dieser unterstützt die Arbeit von Bildung Thurgau mit klar formulierten Positionspapieren und Medienmitteilungen sowie telefonischen Auskünften. Seit einigen Jahren ist die Verbandspräsidentin auch Mitglied des Vorstandes von **personalthurgau**. Auch dieser Dachverband der Berufs- und Personalorganisationen aus Bildung, Gesundheit und Verwaltung unterstützt Bildung Thurgau bei Bedarf.

Dank

Präsidium und Geschäftsleitung von Bildung Thurgau bedanken sich bei allen Verbänden, Organisationen, Grossrätinnen und Grossräten für die vertrauensvolle und gemeinsame

Gesprächskultur. Dieser Dank gilt insbesondere Regierungsrätin Monika Knill und den drei Amtsleitern sowie den Verbandsspitzen von VTGS, VSLTG und der Schulleitung der PHTG. Auch ein besonderer Dank geht an die Mitarbeitenden in den Ämtern, welche sich unserer Fragen annehmen und sich unterstützend für die Anliegen der Lehrpersonen engagieren.

Einen grossen und herzlichen Dank spricht die Präsidentin den Geschäftsleitungsmitgliedern, dem Beratungsteam, dem Redaktionsteam, der Sachbearbeiterin, den Mitgliedern der Teilkonferenzvorstände sowie allen Delegierten und Suppleanten von Bildung Thurgau aus.

Nur durch die engagierte und unterstützende Mitarbeit interessierter Menschen entwickelt die Schule Thurgau sich und kann auf gesellschaftliche Veränderungen angemessen reagieren.

Die Lehrpersonen sind dabei entscheidend – deren Arbeitsbedingungen muss ebenso Sorge getragen werden wie der Befindlichkeit der Schülerinnen und Schülern.

In den Dank eingeschlossen sind auch alle Verbandsmitglieder, Schulhauskontaktpersonen und Führungspersonen vor Ort, welche sich für eine nachhaltige und wirkungsvolle Bildung in Thurgauer Schulen einsetzen.

Frauenfeld, den 2. Mai 2015



Anne Varenne
Präsidentin